



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Immer mehr Politiker
überlasten Justiz

Verfassungsschützer
verbreitet ehemalige
Verschwörungstheorie

Es scheint eine
Initiative Innenstadt
gegeben zu haben



Die Transformation frisst ihre Kindergärten

Demonstrationen und Unterschriften gegen die Schließung des städtischen Kindergartens „Pinocchio“ in Jana-Ost, Foto in der Zeitung von den Protestierern. Tja, schade und schlimm, aber die dachten was? Die haben die Pinocchios gewählt und wundern sich jetzt, nicht nur das, sie demonstrieren nichts anderes, als dass das Stadtoberpack sich vor ihnen nicht zu fürchten braucht. Das sind die, die alles mitgemacht haben und bereitwillig auf die geschimpft haben, die sich mit ihren Vorbehalten ins Abseits gestellt haben. Nicht alle vielleicht, darauf kommt es nicht an. Solche. In der Masse und in der Menge. Schön, dass sie nicht die Bedarfsgruppen gegeneinander ausspielen. Sie wollen nur weiterhin was abhaben. Die ganze Zeit ging es doch auch.

Wenn sie nur eine Winzigkeit gegen das Problem demonstriert hätten, welches da die Prioritäten der Politik wären, hätten sie den demokratischen Gegenwind zu spüren bekommen, Jena-solidarisch gegen die steuerbordunklen Kindergartenvulgaristen, bei denen auch Faschisten mitlaufen. Als es andere traf, fanden sie nichts dabei. Sie könnten for-



dern, dass in Ampel-Manier das Geld für den Klimaaktionsplan umgeschichtet wird und die Klimanutzen gleich zur Kinderbetreuung abgestellt werden. Der Klimaschutzkoordinator und der Klimaanpassungskoordinator, zwei verschiedene Personen offenbar, sollten entweder von sich aus in die Kindergärtnerie gehen oder zwangsverpflichtet werden.

Städtische Pressesprecherin und Versammlungsbehörden sollten in die Kindergärten abgestellt werden, sie könnten ihre Verwaltungstätigkeiten nach Feierabend tätigen. Nur so als Beispiel.

Es gibt noch andere Prioritäten, die dem Grünen Reich zueigen sind, wir müssen nicht alles aufzählen. Das Problem ist, dass die Protestierer es auch nicht tun und nicht vorhaben, sie wollen den Schein aufrechterhalten, den ihnen die Politik verkauft hat. ●

Keine Peinlichkeitsbremse

Hat uns interessiert, was die Stadt dazu meint, da kleben im Stadtgebiet Aufkleber mit „Palästina dekolonialisieren!“, auf Englisch, eine Abwandlung des als verboten eingestuften „From the river to the sea“, mit dem Wassermelone-Icon, Kampfmotiv der muslimischen Mörderbanden und ihrer Sympathisanten. Ist der Stadt das irgendwie peinlich, und welche Anstrengungen unternimmt die Stadt, die Kleber zu entfernen? Das fragten wir bei der Pressestelle.

Wir hatten eine Resthoffnung, dass eine verwaschene Heuchelei zur Antwort kommen würde.

Nachdem in der Thüringenpresse das Wort „Restglaubwürdigkeit der handelnden Politiker“ benutzt wurde, muss es ja wohl der Allgemeinheit zugänglich sein. Restglaubwürdigkeit, das wäre in der Vorabsturzzeit noch schlimmer Querleugnersprech gewesen. „Benutzt Wörter wie Restglaubwürdigkeit, die in der einschlägigen Szene kursieren!“ Das also wäre jetzt ein Fall davon gewesen.

Aber nein.

Nun kann man die Keine-Antwort nicht unbedingt als Bescheid „nicht peinlich“ deuten, obschon wir eine absolut schambefreite Abschaumkaste in der Füh-

rungsschicht haben, die nun mal die größere Hälfte der Stadt ausmacht. Aber es kann genausogut aus der Gefahrenabwägung resultieren; man vermeidet jeden Eindruck, als prozionistisch deutbar zu sein. Der Nahostkonflikt wird in die Straßen getragen, komischerweise nur von der einen Seite, da stellt man sich nicht auf die andere.

Wir können nicht einmal für diese Sinklochstadt um Entschuldigung bitten, es gibt nichts zu entschuldigen. In einer Demokratie kann man sich für die Führung nicht freudschämen, nur eigenschämen. ia, bz

Viel Lärm um gewerkschaftliche Forderungen nach mehr Geld unter anderem für wichtige Berufe

Die Meinungen gehen auseinander, was daran liegt, dass sie unterschiedlich sind. Auf die einen wirkte der Lärm, den die Gewerkschafter zwanzig Minuten lang in der Einkaufspassage machten, störend und nervig, auf die anderen auch, aber gerade darum aufrüttelnd und also wichtig und richtig, jedenfalls soweit es die anderen betrifft, denen so etwas ruhig mal zugemutet werden müsse, damit sie aktiviert würden.

Es ist aber nichts davon bekannt, dass sich Kunden den Protestierern angeschlossen hätten.

Vielleicht wurden sie dahingehend sensibilisiert, dass sie, wenn die vereinigten Dienstleistungen noch teurer werden, wenigstens froh darüber sind, dass wieder Ruhe eingekehrt ist. ●

Digitalgipfel

Zur Konferenz über Digitalität trafen Minister Habeck und Wissing sowie Kanzler Scholz im Volkshaus ein. Die Polizeibewachung war immens. Dennoch sind sie wieder entkommen.

Kaltsitzung

Die Kälte bei der Stadtratssitzung hat laut Medienberichten geklirrt. Die Stadtverordneten froren nicht nur für die Freiheit, sondern auch für Vielfalt, Toleranz, Weltdurchschnittstemperatur und die humanitäre Lage in Gaza.

Nutzung

Die ehemalige Hautklinik wird zu einer Unterkunft. Was soll schon schiefgehen. Für eine Nutzung als Hamas-Kommandozentrale und Waffenlager hätte der Krankenhausbetrieb aufrechterhalten werden müssen, allerdings

hätten dann humanitäre Fördermittel eingeplant werden können. Es besteht natürlich die Sorge vor Instrumentalisierungen, dabei sind nicht alle so und die meisten werden genauso schockiert reagieren. Anwohner üben zu sagen: „Ich hab ja nichts gegen und bin auch für und habe immer, aber.“

Eröffnung

Der Oberbürgermeister hat den Weihnachtsmarkt eröffnet. Die Jenaer meinen mehrheitlich, dass es der Nachfolger nächstes Jahr auch nicht besser machen wird.

Überflutung

Durch mutmaßlichen Vandalismus im Universitätsgebäude der Physik wurde auf mehreren Stockwerken ein Wasserschaden in Millionenhöhe verursacht. Vandalismus hat nichts mit Vandalen zu tun. Auch sonst schien es keine weiteren Hinweise zu geben, durch welche die Hintergründe unklar erscheinen.



Die Genossen verlassen die sinkende Partei, teilweise wird ihnen auch ein unrühmlicher Abgang bereitet

Es ist nicht gerade so, dass zwei Legenden von Bord gingen; die beiden Jenaer Landtagsabgeordneten treten nicht wieder zur Wahl an, was der Lokalzeitung einen Mehrspalter wert war, der nichts Substanzielles beinhaltet bis auf einen Insidertipp, den nur versteht, wer es weiß.

Die eine schätzt ihr Alter ganz richtig ein, so viel Realismus hätten ihr nicht alle zugetraut, der andere steht vor den Scherben seines ja was, seines Nichts. War Gewerkschaftsfunktionär, GEW, die ist noch übler als ver.di, aber theoretisch hätte er ja irgendetwas erreicht haben können, das gemessen an den PISA-Ergebnissen hervorstöche. Irgendwas, wo er jetzt sagen könnte: „Ach übrigens, dieses da ist mein Erfolg!“ Hat er aber nicht. Linke Bildungspolitik heißt, dass Linke mehr Geld kriegen, um noch nachdrücklicher zu beklagen, dass dumme Kinder statistisch dazu neigen, weniger reiche Eltern zu haben.

Zwei Parteileute hatten ihren hochvergüteten Spaß und machen nicht weiter. So belanglos, wie sie

waren. Sollen die beiden halt aufhören und ruhig sein.

Nicht mal das schaffen sie, was im Falle des Schafspelzträgers zum parteitypischen Zerwürfnis geführt hat, von dem die Zeitung nichts schreibt bis auf sein Zitat, er sei ein „alter weißer Mann“, was unter Linken das Zertifikat „ausortiert“ bedeutet. Er war nämlich so kühn gewesen zu verlautbaren, es sei falsch, „Grün“ und „Links“ synonym zu verwenden, das wären zwei verschiedene Sachen. Etwa wie



Trotzkismus und Stalinismus, weshalb wir nun die Maoisten haben.

Und das hat ihm die linke Jugend so sehr verübelt, dass er froh sein kann, nur zur Unperson erklärt worden zu sein und sich nicht im Umerziehungslager bessern zu müssen.

Deutlicher hätte man es ihm nun wirklich nicht machen können, dass links und grün nur zwei verschiedene Kröten im selben Sumpf sind. Die nächste Generation macht da weiter und wird wieder gewählt. ●

Report



Wenn der Verfassungsschutzpräsident vor etwas warnt, das die Politik betreibt, braucht er sich nicht zu wundern, wenn es keiner wissen will, nur mal so als These

Nicht nur, dass er mehr weiß, er darf auch mehr wissen, insbesondere ist es bei ihm nicht so, dass er aus der Luft gegriffene Komplottfabeln erzählen würde, sondern von Amts wegen Erkenntnisse hat, darum ist im Falle einer Überschneidung genau hinzusehen und nachzufragen, wie hier, da der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes vor „*eingeschleusten Terrorkämpfern*“ warnt, wie es in einer Zeitungsüberschrift heißt, und „*fordert, möglichst viele Einreisende zu kontrollieren und ihre Identitäten festzustellen.*“

Garantiert hat er sich selbst vorher ausreichend beobachtet, bevor er befand, es sagen zu können, ohne dadurch zu denen zu gehören, die es schon gesagt haben. Die Zeitung zitiert weiter, „*Islamisten haben stets auch Fluchtrouten und Fluchtbewegungen genutzt, um potenzielle Kämpferinnen und Kämpfer nach Europa einzuschleusen*“, habe er dem Handelsblatt gesagt, daher „*sei es wichtig, möglichst viele Einrei-*

sende unverzüglich zu kontrollieren und Identitäten festzustellen, nicht erst, wenn Sozialleistungen beantragt würden.“

Über Fluchtbewegungen ausgerechnet im Handelsblatt zu reden, ist möglicherweise auch ein geheimdienstlicher Insidertipp.

Ob die Identitäten bei den Sozialleistungen festgestellt werden, ist vielleicht auch so was, womit man, wie Robert Habeck es formuliert, von der Wirklichkeit umzingelt ist.

Aber wenn Islamisten die Flüchtlinge stets zum Einschleusen genutzt haben, stellt sich doch eine Frage, die wichtig ist, um nicht teilweise zu beunruhigen, und wir baten bei der Pressestelle des Thüringer Verfassungsschutzes nach der Präzisierung, ob „*stets*“ auch die Zeit einschließt, als Heiko Maas Bundesjustizminister war.

Es gäbe nur Ja oder Nein, aber ohne Antwort gibt es beides. Wir gehen davon aus, dass die Antwort dem Amte wohlbekannt ist, man sie uns und Ihnen aber lieber ersparen will.

Da wäre noch eine Kleinigkeit, die wir aufschreiben müssen, weil Sie sie sonst nirgendwo zu lesen kriegen. Wir pflegen gern eine dramaturgische Betrachtung, darum bemerken wir an dem Herrn Verfassungsschutzpräsidenten eine Tragik, was nicht bedeutet, dass er uns leidtäte.

Er hat Parteien gewechselt und das religiöse Bekenntnis, dies alles muss für ihn als ein Zuwachs an Nützlichkeit erschienen sein. Er ist zum Judentum konvertiert, möglicherweise aus anderen als religiösen Motiven, darüber haben wir nicht zu befinden und können es nicht. Er kann aber nicht zurück und schon gar nicht zu einer anderen, einer im Kommen begriffenen, Religion konvertieren, denn das Judentum ist neben der spirituellen Haltung und der jahrtausendealten Tradition eine intellektuelle Herausforderung, der Islam nicht. Man kann, wie es im akademischen Bereich beobachtbar ist, Intellekt einbüßen, aber nicht ablegen.

Er war zum obersten Thüringer Verfassungsschützer gemacht worden, weil er als so links erschien, dass Rotrotgrün ihm als die Mitte erscheinen müsste, und so war es wohl. Nun kritisiert er die Bundesampel dafür, dass sie zu wenig gegen Islamismus täte.

Ihm ist die linke Sicht auf den Islamismus verbaut, er kann sich in diesem Punkt nicht mehr dummstellen.

Der Islam passt bestens zur grünlinken Niedertracht, das Judentum nicht. Es wird nur soweit geduldet, wie es sich unterordnet.

Der größere Teil dieser Erfahrung steht dem Herrn Verfassungsschützer noch bevor. Es wird demnächst wieder ruhiger um ihn, und er kann sich als verdienter Beschirmer der Partei aussuchen, in welcher Position.

Fehlt nur, dass er der Delegitimierung des Staates bezichtigt wird.

Natürlich wird er dem zuvorkommen und Komplizen von Heinrich XIII. auffliegen lassen, um unverdächtig zu bleiben. ●

DA LACHT DIE SCHULDENBREMSE



Personen

Lokalredaktionsleiter befragt den Manager der Einkaufspassage zu Folgen der Politik, die von der Redaktion mitverursacht wurde

Was am Vortag in der Zeitung stand, interessiert niemanden mehr, so sagt es ein Spruch aus dem Zeitungsmilieu, und wenn es schon am selben Tag niemanden interessiert, ist es mit mittlerer Wahrscheinlichkeit die OTZ.

Der Lokalredaktionsleiter hat mit dem Manager der Einkaufspassage am Innenstadtrand Goethegalerie zu leerstehenden Flächen gesprochen und dabei dank journalistischem Gespür und weil er es ihm gesagt hat erfahren, dass er nicht mehr als Person Mitglied in dem Verein Jenaer Wirtschaftler namens Initiative Innenstadt ist.

Aus dem Stoff, der Material für mindestens zwei Artikel bieten würde, macht der Redakteur gar keinen, aber den ganzseitig.

Das eine, leerstehende Flächen, ist das weniger Interessante, zumal angesichts der regionalen Weltlage die Menge der noch genutzten Flächen als Erfolgserlebnis gefeiert werden könnte. Ein fähiger Journalist würde, ach egal. Was noch mehr über Lage und Mentalität in der Wirtschaft aussagt, ist ohnehin die Sache mit der Initiative Innenstadt. Leute mit Läden und Unternehmen, Mittelständler, sie glaubten, mit einem Zusammenschluss eine Art zivilgesellschaftlicher Nichtregierungsorganisation zu sein, die als Ansprechpartner wahrgenommen wird seitens der Politik und ansonsten Werbeschnack verteilt. Man kann es ihnen nicht verübeln. Warum sollen sie, die mit ihrem Unternehmen fachlich und betrieblich ausgelastet sind, ein Klassenbewusstsein entwickeln und den Ernst der Lage erkennen. Das wäre sehr viel verlangt. Aber sie befinden sich in

der vergleichbaren Situation wie ein Arbeiter im Kommunismus, der glaubt, nun zur herrschenden Klasse zu gehören und eine Partei zu haben, die ihm die Staatsmacht sichert, nur dass es da so jemanden eher nicht gab. Wenn sie erwarten, nun für Oberbürgermeister und Nebenoberbürgermeister Ansprechpartner zu sein in dem Sinne, dass die zwei oder sonstige Stadtoberen von ihnen etwas wissen wollen, gar sich von ihnen etwas fragen oder bitten lassen – von ‚etwas sagen lassen‘ wollen wir gar nicht anfangen – dann sollen sie sich die doch nur mal ansehen, dann hat man sie ‚reingelegt, dann haben sie die Lage nicht verstanden.

Ja, wie sollten sie. Die wissen auch nur das, was in der Zeitung steht. Und da steht nichts von der historischen Mission der Einzelhändler, das Stadtleben zu erhalten und gegebenenfalls gegen eine degenerierte Parteipolitik zu verteidigen, da steht, sie müssen alles Ruinöse mit Bereitwilligkeit und guter Laune mittragen, weil

sie sonst den Quergelaunten in die Hände spielen oder selber welche sind. Haben sie getan.

Und erwartet haben sie was? Dass die Zeitung sich entschuldigt dafür, eine grünkorrumpierte Wirtschaftspolitik und eine unwissenschaftliche Ladenschlusspolitik mitverursacht zu haben? Sehr komisch.

Die potenziellen Kunden bleiben weg, weil sie das Geld, das sie haben, für Strom und Heizung ausgeben müssen und, wenn sie mit dem Auto zur Arbeit fahren, für die Fahrt. Was dachten die Initiativinnenstädter, wie es weitergehen würde, glaubten sie, die Leute sparen Energie, um wieder zu shoppen? Wahrscheinlich dachten sie das.

Und wenn sie jetzt postpandemische Kundschaft haben, dann vorrangig die aus dem Subventionsadel, die dafür bezahlt werden, den Staat zu legitimieren.

Eben wie solche von der Zeitung.

Verdirbt man es sich mit denen lieber nicht. ●



Die Zunahme der Delikte wird mit Sorge gesehen

Unsere Presse kann nicht nur hetzen, sondern auch repressiv arbeiten, wenn es dem politischen Kurs entspricht. „Die Anzahl der Straftaten nach Paragraf 188 Strafgesetzbuch hat spürbar zugenommen (Symbolbild)“ heißt es als Bildunterschrift unter einem Foto, bei dem es dem Redakteur gelungen ist, ein Strafgesetzbuch zu knipsen.

„In Deutschland gibt es mit dem Paragraf 188 Strafgesetzbuch einen eigenen Straftatbestand, nach dem all jene abgeurteilt werden sollen, die herausgehobene Personen des politischen Lebens beleidigen oder sich ihnen gegenüber der üblen Nachrede oder Verleumdung schuldig machen“, heißt es im Text. Abgeurteilt, das klingt nach eiligem Prozess, und so wünschen es sich die Leute bei Hofe auch, das macht schon mal Eindruck und hinterlässt beim Leser den solchen, dass man sich mit denen da oben lieber nicht anlegt.

Es ist nur so, der Paragraph 188 ist nicht der Tatbestand, sondern eine Strafverschärfung, die sich, rechtsstaatlich bedenklich, die politisch Exponierten gegönnt haben, er wird aber häufig verstanden und behandelt als Ersatz für die Tatbestandserfüllungen, die zu beweisen wären und gegebenenfalls vom Beleidigt-fühlenden angezeigt werden müssten. Da wird es schon juristisch komplexer, als es Journalisten verstehen und Leser glauben sollen.

Dass hier keine journalistische Dummlichkeit unterlaufen ist, sondern beabsichtigte Manipulation geschehen, zeigt sich in der propagandataktischen

Reihung, die allerdings nicht redaktionelle Formulierung ist, sondern aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage übernommen wird: „Das zunehmend aggressive Vortragen eigener Standpunkte und die ebenso gesteigerte Ablehnung anderer Meinungen haben zu einer Verrohung im Umgang in der politischen Auseinandersetzung geführt, was sich auch in der spürbaren Zunahme der Anzahl der Straftaten nach Paragraf 188 Strafgesetzbuch widerspiegelt“, hieß es in der Antwort.“ Das zunehmend aggressive Vortragen eigener Standpunkte ist nicht strafbar, wird hier aber in die Kriminalität gerückt. Natürlich nur beim politischen Gegner. Der macht das „Klima rauer“ und ist überhaupt eine „Gefahr für die Demokratie“.

Wie kam es? „Seit der Corona-Pandemie werden Menschen, die sich in politischen Ämtern en-

gagieren, häufiger beleidigt oder ihnen werden schlimmste Dinge unterstellt. Die Zunahme der Delikte wird mit Sorge gesehen.“ Ach das. Richtig, Corona-Pandemie. Das war, als die Dummen noch gar nicht wissen konnten, dass sie rechthatten.

Aber unsere vom Paragraphen 188 Geschützten, die haben gezeigt, wer sie sind und was sie sind. Sie meinen aber, einen Anspruch zu haben, so nicht gesehen, erkannt und genannt zu werden.

Ja wie denn dann?

Was sind die Maßstäbe? Ist das, was sie an Hetze gegen die Bürger vorgenommen und veranlasst haben, der Maßstab, der auch andersherum gelten sollte? Wir haben einen Staat, bei dem die Politik die Zivilgesellschaft losschickt, um auf die Bürger einzuprügeln, auch verbal, ist das die Norm?

Wenn eine Ortsteilbürgermeisterin, nur als ein Beispiel für viele, von einer vormaligen Mitbewohnerin keine Statistik hören will, weil das staatsfeindlich wäre, wenn die Jusos mit derselben Begründung am SPD-Stand die Bürger anblöden, dann ist das wie bei Brechts Galileo, wenn die Kardinäle nicht durchs Fernrohr gucken wollen, aber wir sind nicht in einem Lehrstück. In einem normalen Land würden solche Staatsschwurbler mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt, in einem unzivilisierten mit Haue, das wollen wir nicht. Aber diese Leute wollen auch noch Respekt. Da hört es auf. Strafverschärfung ist schon ein richtiger Gedanke, sie sollte für die Politikerhaftung eingeführt werden, stattdessen wollen sich die dekadenten Neoadligen ihr subventioniertes Zerstörungswerk vor Groll schützen.

Der Schutz sollte auch auf Journalisten ausgedehnt werden, die sind genauso. ●



Unbeantwortbare Fragen

Wie Sie wissen, pflegen wir hier das Stilmittel der Anfrage, damit nicht in Vergessenheit gerät, dass die Presseabteilungen der oberen Organe nicht nur für das Abfassen und Durchstellen von Pressemitteilungen da sind, sondern eine Verantwortlichkeit gegenüber den Bürgern vortäuschen. Das ist in ihrem Interesse, denn sie sind eigentlich überflüssig und könnten weg. Wir können sie uns nicht leisten. Grußworte des Ministerpräsidenten gehörten verboten, aber wenn sie keine argentinischen Verhältnisse wollen, müssen sie sich halt Mühe geben.

Nicht in allen Positionen gibt es Zuständige für Mühegeben.

Nachdem der Herr Bundesverteidigungsminister zitiert wurde, wir müssen wehrfähig werden, freuten wir uns, dass der Minister sein Ressort ernstnimmt, und baten die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums um die motivierende Ergänzung: Um was zu verteidigen?

Da wir keine Antwort erhielten, stellen wir mal die Vorschläge ohne Rangfolge in den Raum: Vielfalt, Toleranz, offene Grenzen, Multikulti, ARD, ZDF, Energiewende, Queerbeauftragter, Antidiskriminierungsbeauftragte, Hannover, Grüne Jugend, Jusos, Film-

förderung, Nancy Faeser, Tag der Offenen Moschee.

Wobei es die von Seyran Ates nicht betrifft, die hat sie zugemacht.

Im Frühstücksradio des Deutschlandfunks ließ eine Moderationsperson im Gespräch mit Hubert Aiwanger anklingen, das von der Süddeutschen Zeitung publikgemachte Flugblatt könnte die Leute auf der Sonnenallee antisemitisch gestimmt haben.

Wir baten um die ergänzende Auskunft, ob auch andere Beiträge und Karikaturen der Süddeutschen Zeitung für geeignet gehalten werden, von Bewohnern der Berliner Sonnenallee zum Anlass für antisemitische Stimmung genommen zu werden.

Blieb gleichfalls unbeantwortet. Vermutlich liegen keine Studien vor, und eine Einzelperson wagt nicht, einen Konsens zu bestimmen.

Desweiteren wurde unter anderem in einem Beitrag im DLF die Frau Bundesinnenministerin zitiert, „*der Nahostkonflikt darf nicht auf deutschen Straßen ausgetragen werden*“. Wir fragten bei der Pressestelle des Bundesinnenministeriums dazu an, ob die Frau Ministerin einen Verdacht hat, wer das tut, also wer den Nahostkonflikt auf deutschen Straßen austrägt.

Ferner wird in dem DLF-Beitrag berichtet, jüdische Studenten trauen sich nicht als Juden erkennbar allein auf die Toilette. Da-

rum baten wir um die Ergänzung, ob die Frau Ministerin einschließt, dass der Nahostkonflikt nicht auf deutschen Universitätstoiletten ausgetragen werden dürfe.

Wir bekamen keine Antwort, was wir so deuteten, man beschäftige sich vielleicht gar nicht mehr mit dieser Ministerin. Doch die ist immer noch da.

Man beschäftigt sich einfach bloß nicht mehr mit Ihnen. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten: Warum war das Senioren-**AKRÜTZEL** nicht beim Digitalgipfel?

Eine berechtigte Frage, die uns da mehrfach gestellt wurde, noch berechtigter ist die Gegenfrage: Was sollen wir da?

Gewiss hätten Leser doch erwartet, dass wir an Kanzler oder Wirtschaftsminister die eine oder andere spitzfindige Frage gestellt hätten oder den Hinweis aus der Bevölkerung geben könnten: Herr Bundeskanzler, Ihr Gesichtsausdruck ist unangemessen!

Aber nachdem ein Rentner viral ging, der bei einem Bürgerdialog dem Kanzler ins sogenannte Gesicht sagte, diese Bundesregierung ist die dümmste, die je regierte, ist klar, dass die Ampelregierung den Kampf um die Meinungsdominanz gewonnen hat. Man hält sie für dumm.

Wir aber tun das nicht, wir nehmen denen ihre Dummheit nicht mehr ab. Das Regierungshandeln ist mit Dummheit nicht mehr zu

erklären, das ist verbrecherische vorsätzliche Sabotage.

Aber wenn die merken, dass wir es wissen, wird doch alles nur noch schlimmer, dann nehmen sie

gar keine Rücksicht auf ihr öffentliches Bild mehr und bemühen sich nicht, den Anschein der Inkompetenz zu wahren, und dann geben die Leute uns die Schuld.

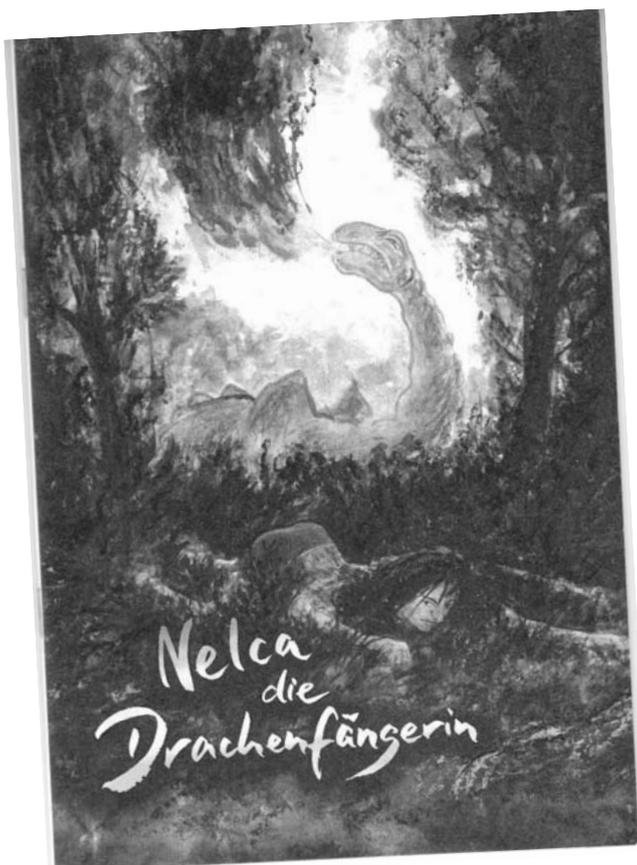


Jenaer Impressionen





Das Buch zum Zustand.
www.solibro.de



Bilderbuch-Klassiker

Nelca, die Drachenfängerin

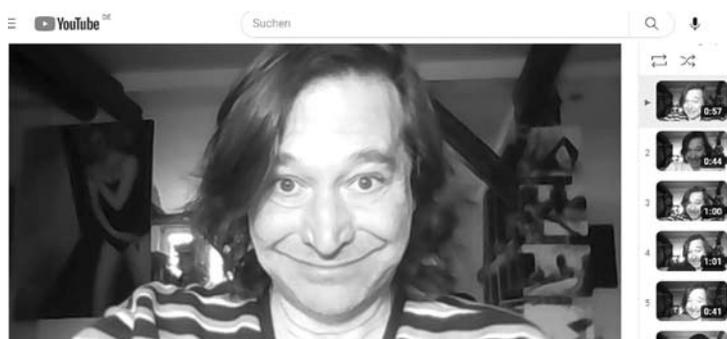
Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro zum Umsonst-Herunterladen ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Müssen Sie gucken
Senior-Influencer
auf YouTube oder www.zellerzeitung.de



100 Cartoons, 20,- Euro,
www.solibro.de



War nicht alles schlecht: Immer mehr Deutsche wünschen sich Steinzeit zurück



Die Steinzeit gehört zu Deutschland, wir haben die gemäßigte Eurosteinzeit, und nicht alle Steinzeitmenschen sind so. Dem zuzustimmen, ist Konsens in der breiten Mitte. Aber wie sieht es mit der praktischen Umsetzung aus? Gut, wie eine Studie im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz zeigt. „In der Steinzeit liegen Chancen, die wir gemeinsam meistern“, sagte Umweltminister Stengele zu der Theaterpraktikantin.

Ist die Stimmung am Boden, kann sie nicht kippen



Studie der Robert-Habeck-Familienstiftung: Vertrauenskrise ist die Notlage, die mit Geld aus Schulden behoben werden muss

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist ihm der Wind aus den Segeln genommen. Der Staat genießt nur so viel Vertrauen, wie man von ihm Geld erwarten kann. Wo Privatleute oder Unternehmer die Härte des Rechtsstaates abbekommen würden, können Politiker einspringen und Brücken über die Gesellschaft bauen. Sonst steht der Zusammenhalt auf dem Spiel, und die Spaltung wäre die Folge.



Vertrauenspersonen, wenn genug Geld da ist: Politiker (Archivbild)

Wenn sich der Riss durch die Gesellschaft spaltet, droht ein Pulverfass. Schon tummeln sich diejenigen, die daraus Nektar ziehen wollen, um bereitzustehen. Wenn die Inflationsbremse jetzt nicht gelockert wird, bleiben die Schulden so hoch, wie sie zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme wert waren, dazu kommen Zinsen. Den Preis zahlen wir alle. Darum heißt es jetzt auf die Turbotube drücken, um festsitzendes Geld aus der Umklammerung zu lösen. Investitionen in die Politik rechnen sich nur, wenn sie getätigt werden. Der Umbau auf erneuerbare Schulden erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Schultern, um die expertengestützten Politiker zu finanzieren.

Zynisch: Autofahrer engagieren verwirrte Schuldunfähige

Es klingt wie der Artikel aus einer Zeitung, die von Künstlicher Intelligenz generiert wird. Ein Einsatzleiter kann seine Worte kaum in Sätze fassen: „Ich habe in meinem beruflichen Leben schon vieles gesehen, aber das hier kommt noch dazu!“, so seine klare Aussage. Die ganze Breitseite des Rechtsstaates wird mit Füßen getreten, wenn einschlägige Foren Fake-News verbreiten, die dann von Wutautofahrern umgesetzt werden, und das nicht einmal unbedingt nur mit SUV. „Mir ist davon nichts bekannt“, versucht der zuständige Innenminister die Wogen zu glätten.

